

Ilker Ataç, Michael Fanizadeh,
Volkan Ağar, VIDC (Hg.)

NACH DEM PUTSCH

16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei

mandelbaum *verlag*



GEFÖRDERT DURCH DIE
ÖSTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS
ZUSAMMENARBEIT

mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-85476-576-9

© mandelbaum *verlag* wien • berlin 2018

alle Rechte vorbehalten

Lektorat: JANINA HENKES

Satz & Umschlag: MICHAEL BAICULESCU

Umschlagbild: ERHAN ARIK/NARPHOTOS/LAIF

Druck: PRIMERATE, Budapest

INHALTSVERZEICHNIS

- WALTER POSCH
7 Vorwort
- VOLKAN AĞAR, ILKER ATAÇ, MICHAEL FANIZADEH
12 Einleitung
- INTERVIEWS VON MICHAEL FANIZADEH MIT
TANIL BORA UND MITHAT SANCAR
26 Autoritäre Wende und Nationalismus in der »neuen«
Türkei
- AYŞE ÇAVDAR
40 Rivalität unter Gleichgesinnten: Erdoğan vs. Gülen
- SABINE KÜPER-BÜSCH
54 Propaganda und Feindbestimmung: Der Nationalismus
der »neuen« Türkei
- VOLKAN AĞAR
68 Auf verlorenem Posten, aber nicht verloren: Pressefreiheit
vor und nach dem Putschversuch
- FIRAT YÜCEL
82 Zensur im Ausnahmezustand: Das Kino unter dem
AKP-Regime
- ASLI ODMAN
96 Akademiker*innen für den Frieden und die soziale
Geographie der »Neuen Akademie« in der Türkei
- YÜKSEL TAŞKIN
110 Das neue Regime in der Türkei nach dem Referendum
vom April 2017

- ALI RIZA GÜNGEN
- 124 Vom Regen in die Traufe? Die wirtschaftspolitischen Präferenzen der AKP und ihre Auswirkungen seit dem Putschversuch
- ILHAN UZGEL
- 138 Zwischen Angst und Konsolidierung: Die türkische Außenpolitik seit dem Putschversuch
- ILKER ATAÇ
- 152 Der EU-Türkei-Deal: Warum er scheitert und die Situation von Geflüchteten in der Türkei
- IRFAN AKTAN
- 166 Kurd*innen bekämpfen und Wahlen gewinnen
- BÜLENT KÜÇÜK
- 180 Zwischen Gleichheit und Freiheit:
Eine Bilanz der kurdischen Bewegung
- ZEYNEP KIVILCIM
- 192 Das Geschlecht des türkischen Ausnahmezustands
- AYŞE DURSUN & NEHIR KOVAR
- 204 Trojanisches Pferd der Regierung: Konservative Frauen-NGOs in der Türkei
- CEMRE BAYTOK & SELIME BÜYÜKGÖZE
- 218 Feministische Kämpfe im Ausnahmezustand
- ÇIÇEK TAHAOĞLU
- 232 Kreative Antworten auf neue Repressionen: Die LGBTI-Bewegung in der Türkei
- 244 Herausgeber, Lektorat und Assistenz
- 245 Autor*innen
- 248 Karikaturist*innen
- 249 Übersetzer*innen

VORWORT

NACH DEM PUTSCH

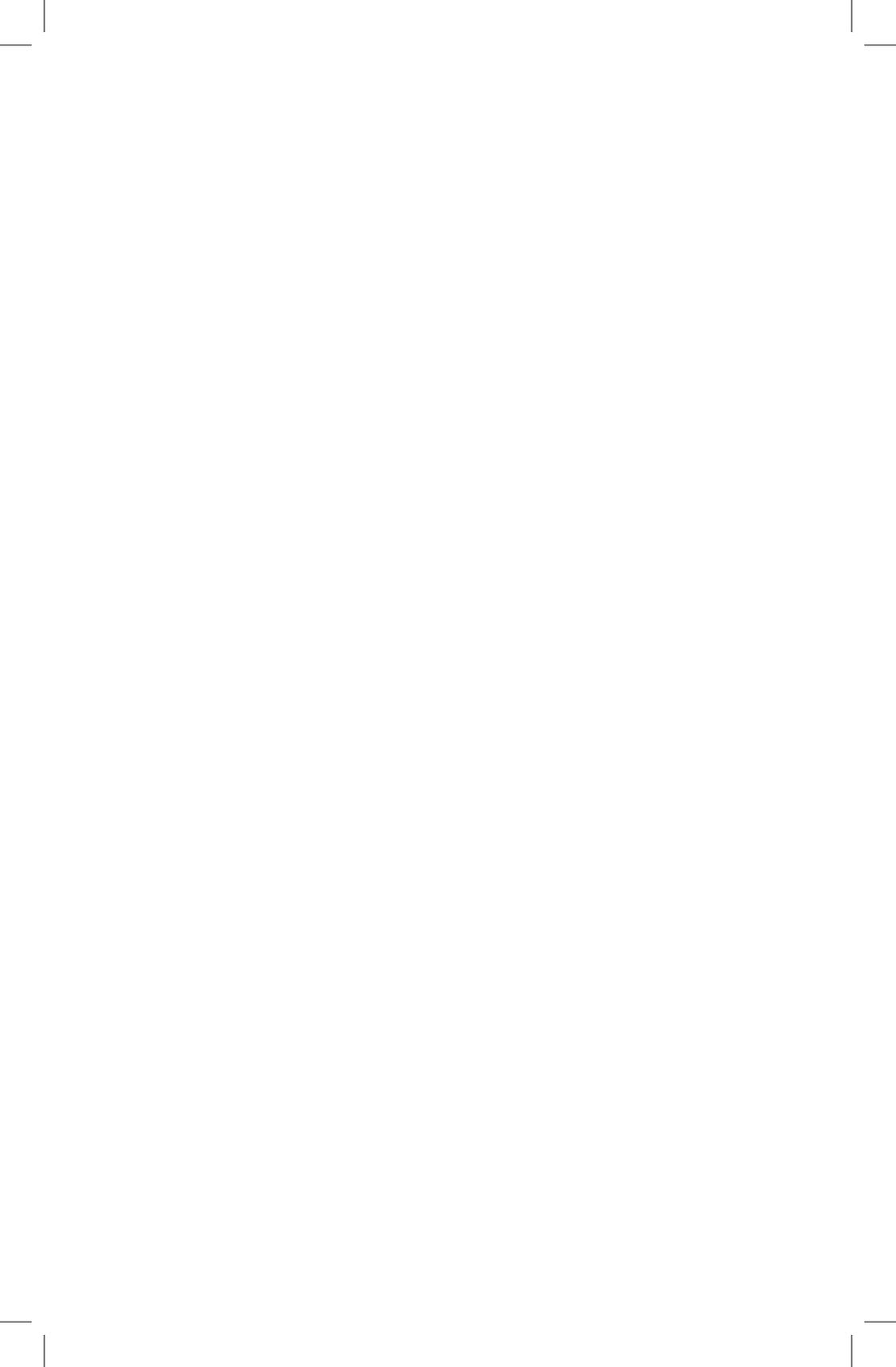
Die Beschäftigung mit der Türkei, eines Landes am Schnittpunkt verschiedener Interessenssphären, war das Anliegen des ersten Buches des VIDC 2016, um einerseits die dynamische Entwicklung eines Landes zu beschreiben, andererseits auch seine Widersprüchlichkeiten und Defizite klarzumachen und damit dessen Rolle und die seiner Bewohner*innen zu würdigen, die Österreich und Europa in jahrhundertelangen politischen und kulturellen Beziehungen vielschichtig verbunden sind.

Das vorliegende Buch »Nach dem Putsch« vermittelt in seinen 16 »Anmerkungen« zur »neuen« Türkei nach den traumatischen Ereignissen des Jahres 2016 mit vielen Toten die dramatisch geänderte politische Lage mit seinen Massenverhaftungen, Anklagen, Verurteilungen zu jahrelangen Gefängnisstrafen, Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, dem neuen autoritären Kurs incl. Präsidialverfassung, den außenpolitischen Interventionen der Türkei in deren Nachbarländern, den Feindseligkeiten gegen Frauen und ethnische Minderheiten.

Der politisch-wissenschaftliche Diskurs, den das VIDC im Rahmen seiner Vortragsreihe zur Türkei in den letzten Jahren initiiert hat, die breite Beachtung, die die Vorträge gefunden haben, sowie deren mediale Rezeption reflektieren somit nicht nur die vielfältigen Beziehungen der in Österreich lebenden Türk*innen, die sich in großer Zahl daran beteiligt und in angeregten Diskussionen gezeigt haben, wie bei allen Gegensätzen und unterschiedlichen Auffassungen sachlich-respektvoller Dialog Verbundenheit stiftet, sondern auch die geänderten Rahmenbedingungen in der Türkei, die Repressionen, denen Regimegegner*innen ausgesetzt sind, die Schwierigkeiten der Türkei mit Demokratie und Menschenrechten und zunehmend auch die wirtschaftlichen Probleme einer schuldenbasierten Ökonomie mit einerseits großen Wachstumsraten, andererseits dramatisch steigender Inflation.

Für diese Publikation sei vor allem Ilker Ataç und Michael Fani-
zadeh herzlich gedankt, die mit großem Engagement und Ausdauer
die Reihe kuratiert und uns durch die Begegnung mit interessanten
Persönlichkeiten eindrucksvoll bereichert und damit ein authenti-
sches Bild der »anderen« Türkei vermittelt haben, sowie Volkan Ağar.

Walter Posch, Direktor VIDC







EINLEITUNG

Am Zenit der Macht

Am 9. Juli 2018 war es soweit: Recep Tayyip Erdoğan ist am Zenit seiner Macht angelangt. An diesem Tag wurde er als Präsident seiner »neuen« Türkei angelobt – in Anwesenheit internationaler Politprominenz wie dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder oder dem ehemaligen italienischen Premier Silvio Berlusconi. Die letzte Hürde, die Erdoğan nehmen musste, um sich seinen Traum zu erfüllen, war ein Sieg bei den vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 24. Juni 2018, die ursprünglich für November 2019 geplant waren. Als die Wahlen vorgezogen wurden, wurde das im April 2018 damit begründet, dass wichtige Entscheidungen in der Türkei bevorstünden, die einer starken Führung bedürften. Tatsächlich war die ökonomische Krise im Land immer sichtbarer und eine sinkende Legitimität für den herrschenden Ausnahmezustand war ebenso zu beobachten wie eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und eine außenpolitische Instabilität. Trotzdem ging Erdoğan aus diesen Wahlen als Sieger hervor: Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt er 52,6 % und bei den Parlamentswahlen 53,7 % der Stimmen für seine Volksallianz (Cumhur İttifaki), die seine Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) mit der nationalistisch-rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) geschlossen hatte.

Das Jahr 2018 ist aber nicht nur im Sinne der Regierenden der Ausgangspunkt für eine »neue« Türkei. Auch für den Kampf um Demokratisierung markiert das 16. Jahr der AKP-Herrschaft einen bedeutsamen Zeitpunkt. Nachdem die vorgezogenen Wahlen verkündet wurden, mobilisierten Oppositionelle in einer sehr kurzen Periode und über grundlegende ideologische Differenzen hinweg unter den schwierigen Bedingungen des Ausnahmezustands

ein Bündnis – auch wenn es dieses Bündnis formell nicht schaffte, wirklich alle Gräben zuzuschütten: Die oppositionelle, »nationale Allianz« aus Republikanischer Volkspartei (CHP), İYİ Parti (Gute Partei) und Saadet Partisi (SP) konsolidierte sich unter Ausschluss der prokurdisch-linken Demokratischen Partei der Völker (HDP). Der wichtigste und größte gemeinsame Nenner der Opposition war die Gegnerschaft zur *Ein-Mann-Herrschaft*. Diverse politische Spektren verbündeten sich nicht nur gegen Erdoğan, sondern auch gegen das Regime, das mit diesen Wahlen umgesetzt werden sollte. Nach den Gezi-Park-Protesten 2013 und einer breiten Allianz gegen das Verfassungsreferendum 2017 konnte ein derart heterogenes, oppositionelles Lager zum ersten Mal für politische Wahlen mobilisiert werden. Einerseits öffnete dieser Umstand ein wichtiges Fenster für oppositionelle politische Kräfte, andererseits warf er zahlreiche neue Widersprüche auf. Zwischen Resignation und Radikalisierung, zwischen gesellschaftlicher Polarisierung und der Aufweichung ideologischer Gräben, zwischen erbarmungsloser Repression und mutigem Protest sowie zwischen Selbstermächtigung und Enttäuschung gilt es sowohl neue Chancen für eine Demokratisierung in der Türkei, als auch Grenzen in dieser neuen Konstellation zu analysieren.

Solchen Analysen möchte dieses Buch Raum geben und Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Journalist*innen und Intellektuelle zu Wort kommen lassen, die unter den Bedingungen des Ausnahmezustands eine Bilanz der aktuellen politischen Entwicklungen ziehen. Es handelt sich dabei um Analysen des Ist-Zustandes, der jüngeren Geschichte sowie um Reflexionen über und Perspektiven auf eine »neue« Türkei. Als Herausgeber müssen wir dabei konstatieren, dass es auch uns kaum möglich ist, der Geschwindigkeit aller politischen Entwicklungen nachzukommen: Das Konzept zum Buch wurde während des Ausnahmezustands entwickelt, bevor die vorgezogenen Wahlen ausgerufen und mit den nun vorliegenden Ergebnissen abgehalten wurden. Eine Tatsache, die zeigt, mit welcher Dynamik das politische Geschehen in der Türkei zu Gange ist.

Der vorliegende Band ist auch motiviert von dem Wunsch, einer deutschsprachigen Leser*innenschaft alternative Erzählungen über die »neue« Türkei zugänglich zu machen und über einfältige und einseitige Diskurse hinauszugehen. Die Beiträge weisen allesamt auf

eine »neue«, *andere* Türkei hin, die diametral zum Konzept der Regierenden zu verstehen ist. Auch weil im Fokus einer europäischen und deutschsprachigen Öffentlichkeit eine autoritäre, repressive und antidemokratische Türkei allzu oft als alternativlos präsentiert wird, sollen die Texte in diesem Buch dazu beitragen, einen differenzierten Blick auf die »neue« Türkei zu ermöglichen.

Zugleich ist diese *andere* Türkei jene Türkei der anderen fast 50%, die beim Referendum am 16. April 2017 gegen eine autoritäre Verfassungsänderung gestimmt haben, die Türkei jener knapp 50%, die sich am 24. Juni 2018 gegen Erdoğan als Präsidenten und das neue, antidemokratische politische System ausgesprochen haben. Es ist jene knappe Hälfte der Bevölkerung, die auf die Einschränkungen des sich nun scheinbar endgültig verankerten Autoritarismus hinweisen – und zugleich den Horizont für eine zukünftige, demokratische Türkei bilden. Die 16 Beiträge in diesem Buch beschäftigen sich zwar mit strukturellen und institutionellen Entwicklungen, aber sie stellen dabei immer auch die Frage nach dieser *anderen* »neuen« Türkei. Zugleich sind sie als eine Bilanz der Periode nach dem versuchten Militärputsch 2016 und der Errichtung des Ausnahmezustands zu betrachten. Diese Bilanz wird von Menschen gezogen, die in dieser Phase nicht nur Betroffene, sondern auch handelnde Akteur*innen waren. Die »neue« Türkei ist ein diskursives, ideologisches und symbolisches Kampffeld, in dem die Zukunft des Landes verhandelt wird.

Das politische System der »neuen« Türkei

Die türkische Politik erlebte seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 einen erheblichen Strukturwandel mit einem autoritären Umbau des politischen Systems. Kurz nach dem versuchten Militärputsch wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Seitdem regierten der Staatspräsident und der Ministerrat per Dekret, auch in Bereichen, die nicht im Zusammenhang mit dem Putschversuch oder dem Ausnahmezustand standen. Der Ausnahmezustand endete nach zwei Jahren im Juli 2018 – das neue »Präsidialsystem« allerdings machte diesen ohnehin überflüssig. Denn dieses unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt von jenen in Frankreich oder den USA, der für moderne Demokratien konstitutiv ist: Die Gewaltenteilung,

also die gegenseitige Kontrolle von verschiedenen Kräften innerhalb des Staates, wurde mit diesem neuen System quasi aufgehoben. Das neue System der Türkei entspricht eher dem Abbau der nötigen Kontrollmöglichkeiten («Checks and Balances») als einem Modell eines demokratischen Präsidialsystems, das trotz eines stärkeren Präsidenten weiterhin auf Gewaltentrennung basiert. So warnten auch die Verfassungsexpert*innen des Europarates – bekannt als Venedig-Kommission – im Vorfeld des Referendums im April 2017 vor einem »Ein-Personen-Regime« in der Türkei. Sie wiesen auf die Gefahr hin, dass damit die Gleise für ein autoritäres Präsidialsystem gelegt würden.

In diesem neuen System entfällt das Amt des Ministerpräsidenten, es gibt ein symbolisch agierendes aber auch exekutiv leitendes Staatsoberhaupt, das heißt der Präsident ist Staats- und Regierungschef zugleich. Der Präsident kann ohne Mitsprache oder Anhörung des Parlaments Stellvertreter*innen und Minister*innen ernennen und neue Ministerien schaffen. Die ernannten Minister*innen können nicht per Misstrauensvotum vom Parlament abgesetzt werden. Der Präsident kann ohne Kontrollorgan Dekrete und Verordnungen mit Gesetzeskraft verabschieden. Er hat die Befugnis, das Parlament jederzeit und ohne Grund aufzulösen sowie Gesetzesvorhaben mit einem Veto zu blockieren. Auch die Judikative reißt der Präsident im neuen System an sich: Er ernennt zwölf der 15 Richter*innen am Verfassungsgericht und kann die Zusammensetzung des »Rates der Richter und Staatsanwälte« (HSK) wesentlich beeinflussen. Zwar darf ein Präsident nur zwei Amtszeiten von je fünf Jahren regieren. Sollte das Parlament aber während seiner zweiten Amtszeit Neuwahlen anberaumen, kann er ein weiteres Mal als Präsidentschaftskandidat ins Rennen gehen. Weil die Zählung der Amtszeiten mit dem eingeführten System neu beginnt, gibt es eine faktische Möglichkeit, dass Erdoğan bis zum Jahr 2033 an der Macht bleiben kann.

Das besondere dieses neuen Regimes ist aber historisch zu betrachten. Die autoritäre Logik des neuen Regimes ist seit 2010 schrittweise gestiegen. Im Zentrum des Regimes steht eine Person, der es gelungen ist, einen direkt mit seiner Person verbundenen Regimewechsel durchzusetzen. Weitere Elemente dieses Systems, welches von dem Politologen Tanıl Bora als *Erdoğanismus* bezeichnet wird,

sind die Wahlen, die unter unfairen Bedingungen für die Opposition stattgefunden haben und trotzdem eine wichtige Legitimationsbasis für das Regime bilden. Nicht zu vergessen ist die Masse der Personen, deren Unterstützung immer weniger auf der Basis einer Ideologie oder Weltanschauung basiert, sondern auf der politischen Unterstützung einer Person, die sich eine homogene Gesellschaft wünscht, geprägt von einer islamistisch-nationalistischen Ideologie. Ob jedoch eine Gesellschaft, die von sozio-ökonomischer, ideologischer, ethnisch-religiöser und politischer Vielfalt geprägt ist, durch Autoritarismus zu regieren ist, bleibt offen.

Das Wahlergebnis von Juni 2018 zeigt, dass Erdoğan die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen lediglich sehr knapp für sich entscheiden konnte. Seine AKP verlor sogar die parlamentarische Mehrheit und nur durch eine Allianz mit der MHP konnte sich Erdoğan eine Mehrheit im Parlament und seine Präsidentschaft sichern. Dabei haben beide nationalistischen Parteien, die MHP und İYİ Parti, knapp über 20% der Stimmen bekommen. Erdoğan und die AKP sind damit von einer Koalition mit der MHP relativ abhängig. Zwar hat der Präsident weitreichende Kompetenzen, doch kann ihm das Parlament das Leben, wenn auch nur eingeschränkt, immer noch schwer machen, wenn er sich keiner absoluten Mehrheit sicher sein kann. Die Stärkung des nationalistischen Flügels ist das Ergebnis dieser Wahl und lässt wenig Hoffnung auf eine baldige Demokratisierung und Öffnung der türkischen Gesellschaft hin zu mehr Pluralität und Meinungsfreiheit. Insbesondere erscheint die demokratische Lösung der kurdischen Frage vor diesem Hintergrund mehr denn je in weite Ferne gerückt.

Der Weg in die »neue« Türkei

Es war ein langer Weg hin zu dieser »neuen« Türkei: Vom erstmaligen Wahlsieg der AKP im Jahr 2002 bis zu den letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 prägten Erdoğan und die AKP die Türkei. Dieser Weg war alles andere als linear, sondern von diversen Bündnissen und Konflikten, kontinuierlichen Entwicklungen und punktuellen Brüchen, aber auch von qualitativen Sprüngen in Ideologie und Autoritarismus geprägt. Die wichtigsten Schritte in Richtung der »neuen« Türkei können mit